



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

17. November 2023

17. November 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Gesundheitspolitik

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bild der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat uns kalt erwischt. Grund ist die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstandene Lücke von 60 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für Klimaausgaben. Obwohl viele Fragen offen sind, halten wir am Termin für den endgültigen Haushaltsbeschluss im Plenum des Bundestags am 1. Dezember fest. Die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses mit Beratung der Einzelpläne der Ministerien hat zunächst wie geplant diese Woche begonnen. Der Beschluss über den Etat im Ausschuss ist aber erst am 23.11.23 geplant, um Zeit für die Behandlung der offenen Fragen zu haben.

Nachdem die Sondierungsgespräche mit der hessischen CDU erfolgreich verlaufen sind, haben in dieser Woche schon die Koalitionsberatungen in Wiesbaden begonnen. Die Themen des in den Sondierungsgesprächen entstandenen Eckpunkteapiers werden in insgesamt 14 Arbeitsgruppen vertieft. Bis zu unserem Landesparteitag am 16.12.2023 wollen wir die Koalitionsvereinbarung stehen haben.

Wir nordhessischen Sozialdemokraten sind in den Koalitionsgesprächen gut vertreten.



Eine Halbzeitbilanz der Gesundheitspolitik im Bund konnte ich in meiner Rede anlässlich des Berliner Dialogs in dieser Woche ziehen. Auszüge aus der Rede sind in dieser Ausgabe von FRANKE AKTUELL veröffentlicht. Ich denke, die Halbzeitbilanz kann sich sehen lassen!

Ihr



Neues aus dem Bundestag

Strompreispaket für produzierende Unternehmen

Die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine sind nach wie vor auf den Energiemärkten spürbar. Die hohen Gaspreise haben direkte Auswirkungen auf den Strompreis. Die Strompreisbremse und die Gaspreisbremse haben im letzten Jahr die drohenden massiven Preiserhöhungen verhindert.



Dennoch ist der Strompreis aktuell etwa doppelt so hoch wie vor dem Krieg. Das belastet insbesondere die produzierenden Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und deren Wettbewerber im Ausland zum Teil deutlich geringere Energiekosten haben. Dieser Nachteil kann die Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze in Deutschland gefährden.

Daher hat die Ampelregierung ein Strompreispaket vereinbart. Damit werden alle Unternehmen im produzierenden Gewerbe bei den Stromkosten entlastet. Die Maßnahmen setzen gezielt bei den Faktoren an, die die Energiekosten treiben. Sie überbrücken so den Zeitraum von etwa fünf Jahren, bis Erneuerbare Energien (insbesondere Sonnen- und Windenergie) besser ausgebaut sind. Dann wird der Strompreis wieder deutlich sinken.

Wachstumschancengesetz beschlossen

Das Wachstumschancengesetz soll Impulse für Investitionen und Innovationen setzen und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland verbessern. Kern des Gesetzes ist eine Klimaschutz-Prämie, die Unternehmen fördern soll, die in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren. Außerdem sind deutlich höhere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten im Bereich des Wohnungsbaus vorgesehen. Für Unternehmen sind ferner steuerliche Erleichterungen im Bereich der Verlustverrechnung geplant.

Als ein zentrales Projekt wird eine Investitionsprämie zur Förderung der Transformation der Wirtschaft eingeführt: 15 Prozent der Aufwendungen für Energieeffizienzmaßnahmen von



Unternehmen können künftig als direkte finanzielle Unterstützung von der Bundesregierung bezuschusst werden. Damit sollen Investitionen in saubere und klimafreundliche Technologien angeregt werden.

Für kleine und mittlere Unternehmen wird sich darüber hinaus der Fördersatz von 25 auf 35 Prozent erhöhen. In den parlamentarischen Beratungen ist es uns zudem gelungen, die Belastungen für die Kommunen, die durch steuerliche Mindereinnahmen entstehen werden, abzumindern.

Inflationsausgleich für Betreuung

Betreuerinnen und Betreuer, selbständig, ehrenamtlich und in Betreuungsvereinen, leisten tagtäglich wichtige Arbeit. Sie unterstützen Menschen, die ihre Angelegenheiten nicht oder nur begrenzt selber regeln können. Dafür müssen sie angemessen vergütet werden.

Die Inflation stellt sie und insbesondere Betreuungsvereine, die tariflich bezahlen, vor Probleme. Viele Betreuungsvereine können nicht mehr kostendeckend arbeiten. Einige haben ihre Tätigkeit bereits eingestellt. Können die Betreuungen in einer Region nicht mehr sichergestellt werden, müssten die Kommunen einspringen. Um zu verhindern, dass das Betreuungswesen nachhaltig beschädigt wird, haben wir einen Inflationsausgleich auf den Weg gebracht.

Den entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag in dieser Woche beschlossen. Vorgesehen ist eine Sonderzahlung, um die Mehrbelastung aufgrund der Inflation abzufedern, die Betreuungsvereine, selbständige berufliche und auch ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer erhalten. Für berufliche Betreuerinnen und Betreuer soll die Inflationsausgleichs-Sonderzahlung von Anfang 2024 bis Ende 2025 monatlich in Höhe von 7,50 Euro pro Betreuung und Monat ausgezahlt werden.

Wärmewende gemeinsam meistern!



Die **kommunale Wärmeplanung** zeigt Euch, welche Heizungslösungen in Eurer Straße künftig möglich sind – z.B. Fernwärme, Wärmepumpe oder Bioenergie.



Große Städte haben dafür bis Mitte 2026 Zeit, kleinere Kommunen bis Mitte 2028.



Den Einbau **klimafreundlicher Heizungen fördern** wir mit bis zu **70 Prozent** der Investitionskosten.

SPD Fraktion im
Bundestag



Für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer soll die Sonderzahlung 24 Euro pro Jahr und pro geführter Betreuung betragen. Der Gesetzentwurf sieht daneben eine Änderung des Betreuungsorganisationsgesetzes vor, um künftig die Prüfung der Eignung und Zuverlässigkeit ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer zu erleichtern. Das Vergütungssystem wurde 2019 bereits angepasst, eine Evaluierung des Systems ist vorgesehen. Das Bundesministerium der Justiz will Ende 2024 die Ergebnisse vorlegen.

Gesundheitspolitik

Zur Notwendigkeit von Strukturreformen im Gesundheitswesen - Vorhaben des BMG in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode

Auszüge aus der Rede von Prof. Dr. Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit anlässlich des Berliner Dialogs am 16. November 2023.

(...) Die bestmögliche Versorgung für alle – und zwar unabhängig vom Geldbeutel, Alter und Wohnort der Versicherten, das ist unser Anspruch, das ist der rote Faden der Gesundheitspolitik der Ampel.

Als Ampel haben wir uns einiges für diese Legislatur vorgenommen. Mittlerweile ist Halbzeit. Ein guter Anlass, um eine Bestandsaufnahme zu machen und einen Blick auf die kommenden zwei Jahre zu werfen.

Ich finde, die bisherige Bilanz kann sich sehen lassen, obwohl wir uns mehr vorgenommen hatten. Das ist leider oftmals am Geld gescheitert - kein Wunder angesichts der Pandemie und vor allem der unvorhersehbaren globalen Krisen und deren finanziellen Auswirkungen. Das Thema Finanzen steht im politischen Berlin ganz besonders auf der Tagesordnung: Wir müssen abwarten, wie sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds auf die Arbeit der Bundesregierung auswirkt. Der Gesundheitsbereich aber dürfte nur mittelbar betroffen sein.

Bei dem wichtigsten gesundheitspolitischen Projekt, der Krankenhausreform machen wir große Schritte nach vorn.





Die Beitragssätze der GKV-Mitglieder bleiben trotz globaler Krisen stabil.

Und auch im Bereich Digitalisierung geht es voran – erst letzte Woche haben wir zwei neue Gesetze im Bundestag auf den Weg gebracht.

Unser Versorgungsgesetz liegt schon seit März beim Finanzminister, aber wird jetzt in die Beratung gehen.

(...) Die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenkasse (GKV)

hat für uns höchste Priorität. Gleichzeitig soll der Leistungskatalog nicht schmaler werden. Alle Versicherten sollen weiterhin die bestmögliche medizinische Versorgung bekommen. Deswegen haben wir am Anfang der Legislaturperiode die GKV-Finanzreform auf den Weg gebracht. Wir haben dazu gute Nachrichten vom GKV-Schätzerkreis: Die Finanzen entwickeln sich besser als erwartet. Demnach steigt der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz im Jahr 2024 sehr moderat um 0,1 Prozent auf 1,7 Prozent an. Und dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen – ich sage nur Energiekrise und Inflation.

Aber wir dürfen nicht allein auf positive Beitragsentwicklungen und finanzstabilisierende Maßnahmen setzen. Wir müssen auch die Finanzierung strukturell weiterentwickeln. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir den Bundeszuschuss zur GKV dynamisieren wollen.

Und die höheren Beiträge für ALG 2-Empfänger, jetzt Bürgergeld-Bezieher, sollen aus Steuermitteln finanziert werden. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen von uns allen getragen werden. Schließlich kann es nicht sein, dass die gesetzlich Versicherten die 11 Milliarden Delta beim Bürgergeld fast allein tragen.

(...) Wir müssen auch unsere Versorgungsstrukturen immer wieder auf den Prüfstand stellen und, wenn geboten, den Mut für echte Strukturreformen haben. Reformen, die Verwerfungen im Gesundheitswesen beseitigen, Reformen, die die Zusammenarbeit über





Sektorengrenzen hinweg stärken, Reformen, die die Chancen der Digitalisierung wirksam nutzen. Weniger Kosten, mehr Gesundheit!

(...) Kaum ein Vorhaben ist dabei zurzeit so wichtig wie Reform der Krankenhausversorgung. Eine Reform, die insbesondere drei Ziele erreichen soll:

1. Sie soll die flächendeckende Versorgung und Versorgungssicherheit durch erlösunabhängige Vorhaltepauschalen gewährleisten.
2. Sie soll die Behandlungsqualität steigern und
3. Sie soll Leistungstransparenz für den Bürger schaffen.
Damit für jeden Patienten verständlich ist, welche Leistung in welcher Qualität angeboten wird.

Zentraler Bestandteil des aktuellen Gesetzentwurfs ist die Einführung einer erlösunabhängigen Vorhaltevergütung. Wer welche Vergütung erhält, wird von Leistungsgruppen abhängen. Diese können durch die Planungsbehörden der Länder zugewiesen werden, wenn die Kliniken die jeweils geltenden Qualitätskriterien erfüllen. So sollen bundeseinheitliche Qualitätskriterien für die einzelnen Leistungsgruppen festgelegt und fortentwickelt werden. Dadurch wird die Qualität der medizinischen Versorgung gestärkt.

Eine wichtige Komponente der Reform sind auch die Level 1i-Krankenhäuser. Sie sollen künftig eine zentrale Rolle auf dem Weg zu einer sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung leisten.

(...) Wie schon angedeutet will die Bundesregierung auch für mehr Transparenz im Krankenhaus sorgen. Im ersten Schritt haben wir deswegen eine Transparenzoffensive auf den Weg gebracht - das Krankenhaustransparenzgesetz ist bereits beschlossen. Dank dieses Gesetzes werden sich Patienten bald besser über das Leistungsangebot und Qualitätsaspekte in unseren Krankenhäusern informieren können.

(...) Der Blick ins Ausland zeigt: Wir machen hier noch einiges stationär, was andere längst ambulant erbringen. Dieses Ambulantisierungspotenzial wollen wir heben. Deshalb haben wir mit dem Krankenhauspflegeentlastungsgesetz die Hybrid-DRG eingeführt. Ende September haben wir einen Referentenentwurf für eine Rechtsverordnung vorgelegt. Neben einem Startkatalog von 12 Hybrid-DRG enthält der Entwurf die Grundlage für eine erweiterte

Leistungsauswahl. Ziel ist es, die Hybrid-DRG zum 1. Januar 2024 als neue Vergütungssystematik einzuführen.

(...) Strukturreformen lösen häufig Befürchtungen aus. In den vergangenen neun Monaten habe ich in über 60 Krankenhäusern mit vielen über die Reformen gesprochen. Einige von ihnen haben Sorgen, dass sich dadurch die Versorgung deutlich verschlechtern könnte. Gerade in strukturschwachen Gebieten.



Ich bin mir aber sicher, dass wir durch die Einführung erlösunabhängiger Vorhaltepauschalen die stationäre Versorgung mittel- und langfristig sichern. Ein Krankenhaus in der Nähe kann aber allein keine angemessene gesundheitliche Versorgung gewährleisten. Deswegen machen wir auch die ambulante Versorgung zukunftsfest.

Hierfür müssen wir noch stärker regional denken. Das heißt: Wir sollten die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort bestmöglich berücksichtigen. Welche Versorgungsstrukturen müssen in welcher Region ausgebaut werden? Diese Frage wird je nach Region unterschiedlich zu beantworten sein. Gerade in Gegenden, die von einer alternden Gesellschaft und Abwanderung geprägt sind, brauchen wir neue Ansätze. Deshalb ist es wichtig, dorthin zu gehen, wo die Gestaltungsspielräume hingehören: in die Kommunen. Dort wollen wir die Medizin und den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung stärken.

Alle Akteure des Gesundheitssektors sollen künftig in den Kommunen und Regionen besser zusammenwirken. Konkret soll es Kreisen und kreisfreien Städten ermöglicht werden, Gesundheitskioske zu errichten, um niedrigschwellige Angebote zu machen. Niedrigschwellige Angebote für die, die sonst nicht zum Arzt gehen würden.



Zudem soll die Gründung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren erleichtert werden. Die Gründung von investorenbetriebenen MVZ werden wir hingegen stärker regulieren, aber nicht verhindern.

(...) Im 21. Jahrhundert sind Forschung, Innovation und gute medizinische Versorgung ohne effektive Gesundheitsdatennutzung kaum mehr möglich. Die Daten für die Impfstoffentwicklung von Biontech stammen aus Israel, nicht aus Deutschland! In der Forschung, die auf Gesundheitsdaten beruht, stehen wir in Deutschland im internationalen Vergleich aktuell nicht gut da.

Deswegen haben wir letzte Woche das Digital-Gesetz und das

Gesundheitsdatennutzungsgesetz im Bundestag auf den Weg gebracht.

Mit dem Wechsel hin zur Opt-Out-Lösung im Digital-Gesetz werden bald die meisten gesetzlich Versicherten die elektronische Patientenakte nutzen. Vermutlich werden es 80 Prozent im Jahr 2025 sein. Die ePA wird den Patienten einen Mehrwert bringen:



Auch, weil man die eigene Krankengeschichte nicht mehr immer wieder neu auf Papier bringen muss. Zudem werden Patienten und Behandler durch den digitalen Medikationsplan eine schnelle Übersicht über die eingenommenen Arzneimittel erhalten. Durch die ePA wird also die Behandlungsqualität steigen und die Bürokratie reduziert.

(...) Um die pflegerische Versorgung zu sichern, bringt das BMG verschiedene Vorhaben voran. Mit dem Pflegeunterstützungs- und entlastungsgesetz (PUEG) konnte die Pflegeversicherung kurzfristig finanziell stabilisiert werden. Gleichzeitig wurden mit dem PUEG verschiedene Verbesserungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen erzielt.

Angesichts der demographischen Entwicklung muss das BMG allerdings prüfen, wie weitere strukturelle Reformen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden können, um die



pflegerische Versorgung auch in personeller und finanzieller Hinsicht nachhaltig sicher zu stellen.

Minister Lauterbach hat außerdem ein Pflegekompetenzgesetz angekündigt. Dieses soll Pflegefachkräften erlauben, ihre bereits vorhandenen Kompetenzen auch praktisch besser nutzen zu dürfen. „Pflegekräfte sind sehr gut ausgebildet. Vieles was sie können, dürfen sie aber nicht ausüben. Das werden wir verändern“, kündigte Lauterbach an. Die Stichworte in diesem Zusammenhang sind Substitution und Delegation ärztlicher Leistungen.

Zudem sollte die Leitung der sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen künftig auch qualifizierte Pflegefachkräfte übernehmen.

(...) Fazit: Die Ampel ist angetreten, die bestmögliche Versorgung für alle Versicherten zu ermöglichen. Einiges haben wir geschafft, Verbesserungen haben wir auf den Weg gebracht. Das war angesichts der politischen, finanziellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht einfach. Jetzt gehen wir in der zweiten Halbzeit der Legislatur.

Edgar Franke in der Hessisch-Niedersächsischen-Allgemeinen vom 17. November 2023

Ziel: Versorgung langfristig sichern

Edgar Franke (SPD) reagiert auf Kritik und offenen Brief von Apothekern aus dem Landkreis

VON MAJA YÜCE

Schwalm-Eder – Apotheken nehmen eine Schlüsselrolle in der gesundheitlichen Versorgung ein, sagt Dr. Edgar Franke, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesgesundheitsministers. „Der Erhalt und eine Stärkung des flächendeckenden Apothekenetzes sind mir persönlich sehr wichtig“, ergänzt er. Für ihn sei vollkommen klar: „Wir brauchen unsere Apotheken – gerade auf dem Land. Dort gibt es aufgrund der besonderen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen Probleme, die wir lösen müssen.“ Politik, Verwaltung und Apotheken müssten zusammenarbeiten.

Damit reagiert Franke auf einen offenen Brief der Apotheker aus dem Landkreis, 10 000 Solidaritätsunterschriften von besorgten Patienten hatten 34 der insgesamt 39 Apotheken im Schwalm-Eder-Kreis gesammelt. Sie fordern insbesondere ihren direkt gewählten Wahlkreisabgeordneten Franke (SPD, Gudensberg)



auf, sich stärker für eine nachhaltige Sicherstellung der Arzneimittelversorgung der Menschen im ländlichen Raum durch die Apotheke vor Ort einzusetzen (HNA berichtete).

Besonders im ländlichen Raum hätten kleinere Apotheken oft zu kämpfen, sagt Franke. Deshalb müsse man im Apothekenbereich Strukturformen anschieben, die langfristig eine flächendeckende Versorgung sicherstellen (siehe Hintergrund).

Zentrales Anliegen der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik sei die Sicherstellung einer flächendeckenden, hochwertigen Versorgung. „Gerade auf dem Land“, so Franke. Dieser Anspruch gelte auch jetzt, „nachdem zwei große Krisen unser System auf die Probe gestellt haben.“



Apotheker haben am Mittwoch gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung protestiert. FOTO: OLIVER BERG/GOPA

Die Vorgängerregierung habe ein historisches Defizit in der Gesetzlichen Krankenversicherung von 17 Milliarden Euro hinterlassen. „Das mussten wir ausgleichen, um unser Gesundheitssystem aufrechterhalten zu können. Diese Einsparungen wurden

solidarisch auf allen Schultern im Gesundheitssektor verteilt – davon konnten auch die Apotheken nicht ausgenommen werden“, erläutert Franke. So wurde der sogenannte Apothekenabschlag, ein Abschlag je Packung eines verschreibungs-

pflichtigen Medikaments, vorübergehend für zwei Jahre von 1,77 Euro auf 2 Euro erhöht. „Der Apothekenabschlag ist sicherlich etwas, was viele getroffen hat. Spätestens 2025 wird der Abschlag wieder gesenkt – und das ist auch gut so“, ergänzt Franke.

„Zur finanziellen Lage der Apotheken muss aber ehrlicherweise auch darauf hingewiesen werden, dass sie in den letzten Jahren einen pandemiebedingten Mehrumsatz – allein 2021 ca. 2,5 Mrd. Euro – verzeichnen konnten. Auch der Absatz von Arzneimittelpackungen ist im vergangenen Jahr deutlich um ca. neun Prozent gestiegen.“

Zudem seien für die Apotheken Extrahonorare wie Nacht- und Notdienstpauschalen, gesonderte Botendienstvergütungen und höhere Vergütungen bei der Abgabe von Betäubungsmitteln eingeführt worden. Nach dem von der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände vorgestellten Apothekenwirtschaftlichkeitsbericht 2023 sei die Einnahme-

entwicklung der Apotheken in den vergangenen Jahren positiv. So sei der um Pandemie-Anteile bereinigte Basisumsatz der Apotheken – also insbesondere aus der Abgabe von Arzneimitteln – zwischen 2020 und 2022 auf ca. 64 Mrd. Euro (plus ca. 13 Prozent) gestiegen. Hinzu kämen für diese Jahre pandemiebedingte Umsätze von 3,5 Mrd. Euro etwa für Impffertifikate, Masken und Tests. „Natürlich ist es trotzdem völlig legitim, nach wie vor pauschal höhere Vergütungen und Honorare zu fordern. Aber man muss sich klarmachen, dass gerade in diesen wirtschaftlich angespannten Zeiten höhere Ausgaben auch höhere Beiträge bewirken würden. Und das Problem der Unterversorgung in strukturschwachen Gebieten wird durch mehr Honorar für alle nicht gelöst“, so Franke. Nicht alle Apotheken hätten gleichermaßen von den Umsatzsteigerungen profitiert. Insbesondere für kleine Apotheken ohne verordnungstarke Arztpraxen in der Nähe sei es schwierig. » HINTERGRUND



Aus Wahlkreis und Heimatregion

Union und SPD haben die Verhandlungen über eine gemeinsame Regierung für Hessen gestartet



Federführend ist eine paritätisch besetzte Hauptverhandlungsrunde mit den Spitzen der beiden Parteien sowie Vertretern der Fraktionen und der kommunalen Parteiebene. Die Gespräche werden zunächst aber vor allem in 14 thematischen Arbeitsgruppen geführt.

Der Zeitplan sieht vor, dass die Koalitionsgespräche bis zum 16.

Dezember abgeschlossen sein sollen. An

diesem Tag plant die hessische SPD einen Landesparteitag. Hier soll der bis dahin verhandelte Koalitionsvertrag beschlossen werden.

Regionalkonferenz zur Aufarbeitung der Landtagswahl 2023

Der SPD Bezirk Hessen Nord lädt herzlich zum Auftakt des Aufarbeitungsprozesses zu einer Regionalkonferenz ein.

Regionalkonferenz Hessen-Nord
Freitag, den 24. November um 18.00 Uhr im Bürgerhaus Gudensberg,
Kasseler Str. 2 in 34281 Gudensberg

Der SPD Bezirk Hessen Nord bittet für die Teilnahme an der nordhessischen Regionalkonferenz in Gudensberg um Anmeldung unter folgendem Link: [Anmeldung zur Regionalkonferenz Hessen-Nord](#)



Bild der Woche

Die Digitalgesetze im Gesundheitswesen fanden zunächst im Bundestag eine breite Mehrheit. Dann trafen sich Steven Renner (Geschäftsstellenleiter bei Gesunder Werra-Meißner-Kreis GmbH und Geschäftsführer Gesundes Landleben GmbH) mit Dennis Nocht (Leiter Regierungsbeziehungen, Delos Cloud GmbH und



früherer Geschäftsführer des Seeheimer Kreises) und Edgar Franke nach einem langen Tag im Plenum in der Ständigen Vertretung in Berlin.

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Edgar Franke, Seite 3 Image by [Mohamed Hassan](#) from [Pixabay](#), Seiten 4 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seiten 5 bis 9 Edgar Franke, Seite 10 Artikel in der HNA vom 17.11.2023, Seite 11 Image by [Lars Peter Witt](#) from [Pixabay](#), Seite **12 Edgar Franke**.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.